



URL: <http://www1.wdr.de/themen/politik/kommunalsoli120.html>

Streit um Städtefinanzen im Landtag

Kommunal-Soli fällt bei Experten durch

Von Rainer Kellers

Erneut ist ein rot-grünes Gesetz im Landtag von Experten verrissen worden. Bürgermeister, Verbände und Wissenschaftler kritisierten den Kommunal-Soli am Dienstag als willkürlich, ungerecht und verfassungswidrig. Innenminister Jäger aber will am Soli festhalten. Die Städte drohen mit Klagen.



Der Kommunal-Soli wird von den Experten im Landtag sehr kritisch gesehen

Die Stadt Monheim hat den jüngsten Bürgermeister in NRW. Seit Kurzem ist das aber nicht mehr der einzige Superlativ des 40.000-Einwohner-Städtchens bei Düsseldorf. Monheim gilt nun auch als die Kommune in NRW, die am meisten im Überfluss lebt. Das jedenfalls geht aus den Zahlen des Kommunal-Solis hervor. Von den 59 Kommunen, die danach Geld abgeben müssen, um ärmeren Städten im Land zu helfen, trägt das kleine Monheim die größte Last: 46 Millionen Euro soll es 2014 abgeben, bis 2020 könnten es insgesamt sogar 390 Millionen Euro werden. Selbst für eine wohlhabende Kommune wie Monheim zu viel, meint Daniel Zimmermann, der junge Bürgermeister.

Solidarität wird nicht infrage gestellt

Mehr zum Thema

Protest gegen Kommunal-Soli: Aktuelle Stunde vom 15.10.2013 [Mediathek]

Link: http://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/aktuelle_stunde/videoprotestgegenkommunalsoli102.html#banner

Landtag hört Betroffene an: Streitpunkt "Kommunal-Soli"

Link: <http://www.wdr.de/themen/politik/kommunalsoli106.html>

Kabinetts beschließt Solidaritätsumlage: Reiche Städte müssen Überschüsse abgeben

Link: <http://www.wdr.de/themen/politik/staerkungspakt110.html>

Der 31-Jährige gehört zu jenen Bürgermeistern, die am Dienstag (15.10.2013) im Landtag sitzen, um bei einer Experten-Anhörung ihre Meinung zum Kommunal-Soli zu sagen. Großer Beliebtheit erfreut sich das Gesetz dabei nicht. Im Gegenteil: Es fällt bei den Experten ziemlich einhellig durch. Wie zuvor schon die Gesetze zur Beamtenbesoldung und zur Inklusion. Kritisiert wird dabei nicht einmal die grundsätzliche Idee, dass Kommunen, denen es besser geht, jenen helfen, die nicht so gut dastehen. Diese Solidarität stellen weder Bürgermeister noch Verbände oder Wissenschaftler ernsthaft infrage. Es geht um die Art und

Weise, wie die Hilfszahlung berechnet wird.

Nach den Plänen von Innenminister Ralf Jäger (SPD) sollen Kommunen mit überdurchschnittlichen Einnahmen in den kommenden sieben Jahren Geld an finanzschwächere Kommunen abgeben. Nach neuesten Berechnungen, die Jäger am Dienstag vorstellte, sind das 59 Städte und Gemeinden - zuvor war von 60 die Rede, die Gemeinde Iden gehört nun aber nicht mehr dazu. Die 59 müssen im nächsten Jahr rund 181 Millionen Euro an Solidaritätsumlage zahlen. Empfänger des Kommunal-Solis sind 27 Kommunen, vor allem große Städte wie Essen, Gelsenkirchen und Mönchengladbach.

Die "Top 10" der Geber- und Nehmerkommunen

Geber (gerundet)	Nehmer (gerundet)
Monheim 47,0 Mio.	Essen 55,2 Mio.
Düsseldorf 26,5 Mio.	Mönchengladbach 24,9 Mio.
Ratingen 8,5 Mio.	Gelsenkirchen 18,3 Mio.
Straelen 8,0 Mio.	Solingen 13,4 Mio.
Verl 7,7 Mio.	Herne 10,7 Mio.
Burbach 6,2 Mio.	Recklinghausen 8,4 Mio.
Langenfeld 6,0 Mio.	Bottrop 7 Mio.
Halle (Westf.) 5,2 Mio.	Herten 6,9 Mio.
Hilden 4,4 Mio.	Leverkusen 6,8 Mio.
Kreuztal 3,7 Mio.	Moers 6,2 Mio.
	vorläufige Berechnung

Hart ersparte Überschüsse werden abgeschöpft



Daniel Zimmermann ist gegen den Kommunal-Soli

Die Zahlergemeinden befürchten nun, selbst in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Überschüsse, die hart erspart worden seien, würden abgeschöpft. Einigen Geberstädten drohe sogar ein Nothaushalt. "Die Bemessung der Umlage ist willkürlich", meint Daniel Zimmermann, der junge Bürgermeister aus Monheim. Sie sei ungerecht und unzureichend und produziere Skurrilitäten. So müsse beispielsweise die Stadt Grevenbroich in den Solidartopf einzahlen, obwohl sie sich im Nothaushalt befinde. Andere Bürgermeister wie

Klaus Müller aus Plettenberg warnen davor, dass die Städte künftig noch mehr sparen oder die Steuern erhöhen müssten. Aus Notwehr gewissermaßen wollen viele Geber-Kommunen deshalb vor den Landesgerichtshof in Münster ziehen, wenn das Gesetz in Kraft tritt.

Rechtsexperten halten Umlage für verfassungswidrig

Dabei stehen ihre Chancen nicht schlecht, glauben die bei der Anhörung geladenen Rechtsexperten. Für Niklas Langgut, Rechtsanwalt aus Düsseldorf, ist die Umlage nicht vereinbar mit dem Grundgesetz, da den Kommunen Einnahmen entzogen würden, die ihnen nach dem Gesetz zustünden. Der frühere rheinland-pfälzische Finanzminister Professor Ingo Deubel hält zwar die Umlage an sich für rechtmäßig. Die konkrete Berechnung der Umverteilung aber sei falsch. So würden die Geberstädte zu sehr belastet, während Kommunen, die "großzügig wirtschaften", dafür auch noch belohnt würden.

Die Hilfsempfänger von morgen

Die Opposition im Landtag fühlt sich von solchen Aussagen bestätigt. "Die Zwangsabgabe hat nichts mit einer fairen Kommunalfinanzierung zu tun. Sie ist unsozial und ungerecht", meint der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper. FDP-Kommunalexperte Kai Abrusatz spricht von "finanzwissenschaftlichem Unsinn" und einer "verfassungsrechtlichen Geisterfahrt". Der Kommunal-Soli treibe etliche Kommunen in die

Verschuldung und mache sie zu den Hilfeempfängern von morgen.

SPD-Innenminister Ralf Jäger allerdings will am Soli festhalten. Die Möglichkeiten des Landes, den Kommunen zu helfen, seien erschöpft, sagt der Minister am Dienstag. "Nur wenn Land und Kommunen an einem Strang ziehen, haben hoch belastete Städte eine Chance, zu einer selbstbestimmten Haushaltspolitik zurückzukommen." Daniel Zimmermann aus Monheim will an diesem Strang nicht mehr ziehen. Und er ist nicht der Einzige.

Stand: 15.10.2013, 19.00 Uhr

Mehr zum Thema

49 Städte und Gemeinden wollen gegen Kommunal-Soli klagen: (13.37 Uhr) (17.10.2013)

Link: <http://www.wdr.de/themen/infokompakt/nachrichten/nrwkompakt/archiv/nrwkompakt21402.html>

Audio:

Interview: "Das Land muss für eine ausreichende Finanzierung sorgen" [WDR 2]

Link: <http://www.wdr.de/themen/politik>

[/audioratingerbuergermeisterdaslandmussfuereineausreichendefinanzierungsorgen100-audioplayer.html](#)

Stefan Vogt/Harald Birkenkamp, WDR 2

"Kommunal-Soli" in NRW: Wer gibt und wer nimmt?: Wer gibt und wer nimmt? (16.10.2013)

[Aktuelle Stunde]

Link: <http://www1.wdr.de/fernsehen/aks/themen/kommunalsoli108.html>

Kommentare zum Thema (54)

letzter Kommentar: 18.10.2013, 16:22 Uhr

Alle Kommentare anzeigen

© WDR 2013